


Bonn, 13. Februar 1990

Erklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow, auf der
internationalen Pressekonferenz

Herr Bundeskanzler!

Meine Damen, meine Herren!

Zunächst bedanke ich mich bei den Medien für die Aufmerksamkeit, mit der sie seit Monaten die Entwicklung der DDR begleitet haben. Durch die Medien ist ein historischer Prozeß weltweit bekannt geworden, mit dem ein neues Kapitel der deutschen Geschichte begonnen hat. Ein Prozeß der Befreiung von verkrusteten Formen und untauglichen Inhalten, den allein das Volk vollzogen, allerdings längst nicht vollendet hat.

Ich muß gerade jetzt daran erinnern, da die Einheit Deutschlands näherrückt. Möge man nie vergessen, daß vom Volk der DDR in die Vereinigung nicht nur die bittere Niederlage des realen Sozialismus eingebracht wird, sondern auch eben jenes stolze Wort "Wir sind das Volk!" Ich hoffe zutiefst, daß dieses Wort und sein politischer Inhalt nicht verloren gehen werden.

Möge man nie vergessen, daß die DDR in ein künftiges Deutschland Werte einzubringen hat, geistige und kulturelle Werte, die in Jahrzehnten trotz alledem gewachsen sind, und materielle Werte, deren sich die Arbeiter und Ingenieure, die Bauern und Handwerker, ja auch die sogenannten kleinen Angestellten nicht zu schämen brauchen.

Am *Warta be*
Wer heute rasch und gern von einer maroden DDR spricht, muß sich fragen lassen, ob er damit den Preis der Vereinigung zu Lasten des Volkes drücken will.

Meine Regierung kennt die Substanz der DDR ziemlich genau, und ich sage Ihnen, da ist eine sehr hoffnungsvolle Grundlage - fleißige Menschen, fähige Menschen, ja, wie sich immer mehr zeigt, durchaus kreative Menschen, und hinzu kommt ein enormes Anlagevermögen, das zwar investitionsbedürftig ist, aber keineswegs vollständig veraltet. Ich nenne eine Summe: Das Netto-Nationalvermögen der DDR beträgt 1,4 Billionen Mark, darunter in Staatseigentum 980 Milliarden Mark und 6,2 Millionen Hektar unbelastete landwirtschaftliche Nutzfläche.

~~Allerdings, meine Damen und Herren, ist seit dem Amtsantritt meiner Regierung nichts Entscheidendes getan worden, um durch Hilfe von außen einen Rückgang der Industrie- und Bauproduktion zu verhindern, die Versorgung der Einwohner zu verbessern, ein weiteres Abwandern von Zehntausenden Menschen zu stoppen.~~

~~Diese Chance, ja diese moralische Verpflichtung hatte die Bundesregierung. Erfolgt ist im Grunde nichts, wenn ich von der sehr dankenswerten Unterstützung auf Länderebene sowie in kommunaler Partnerschaft absehe. Die ERP-Mittel wirken nicht sofort, und weder ihr Umfang für 1990 noch ihre Zweckbestimmung werden dem gerecht, was die DDR gebracht hätte: schnelle solidarische Hilfe zur Selbsthilfe.~~

Wir hatten heute ausführliche und, wie ich glaube, konstruktive Gespräche über die jetzt zu gehenden Schritte zu einem deutschen Staat.

In diesen Verhandlungen ist deutlich geworden, daß es in mehrer Regierung der nationalen Verantwortung einen einheitlichen Standpunkt gibt, was die Sicherung des sozialen Besitz-stands der DDR-Bürger betrifft. ^{und eine volle Übernahme der R. V.}
Es ist ebenso deutlich geworden, daß beide ^{beide} Regierungen der Notwendigkeit Stellen müssen:

erstens die Schritte zur Reinigung in den europäischen Prozeß einzubetten,

zweitens bereit jetzt das Mögliche zu tun, damit sofort nach den 18. März, also nach den Volkskammerwahlen, der Prozeß einer

realen Annäherung in Richtung Wirtschafts- und Währungspunkte eingeleitet werden kann; dazu werden Experten und die Währungsberater, do Meus, und das betone ich nochmals, müssen bereits jetzt bestimmte soziale Hilseheiten vorgesehen werden, damit Rentner und andere Bevölkerungsgruppen vor Problemen bewahrt bleiben, das betrifft auch die Sparkonten; es gibt auch die Forderung, daß die Bauern sich nicht um ihren Grund und Boden zu sorgen brauchen.

erwähnte im Hinblick auf die DDR. Teil empfand bleiben nicht sollte

Ich sehe also mal wie vor meine Pflicht darin, die Bürger der DDR vor Schaden zu bewahren. Niemand sollte mit Furcht in ein künftiges Deutschland gehen. Deshalb ist es auch geboten, die Aufforderung zu wiederholen, jeder möge nun wirklich in seinem Heimat bleiben.

Meine Damen und Herren!

Am 1. Februar habe ich einen Stufenplan für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten vorgelegt. Zuvor, am 30. Januar, hatten Michail Gorbatschow und ich Einverständnis darüber erzielt, daß diese Vereinigung das Recht der Deutschen ist und auf der Tagesordnung steht. Dabei muß bekanntlich das gesamte internationale Umfeld berücksichtigt werden.

Es ist zu begrüßen, daß der Herr Bundeskanzler danach in Moskau seine Vorstellungen über die Vereinigung der beiden Staaten erörtert und die bekannte sowjetische Position zur Kenntnis genommen hat. Jetzt geht es in der Tat darum, konkrete Schritte abzustecken und einzuleiten. Daran wird meine Regierung, soweit dies noch möglich ist, weiter mitwirken. So, wie sie alle in Dresden gegebene Zusagen eingehalten hat, und auf diese Feststellung lege ich besonderen Wert.

Was in diesem Zusammenhang die Grenzen des künftigen deutschen Staates betrifft, so habe ich, Herr Bundeskanzler, Ihre nach den Gesprächen in Moskau abgegebene Erklärung so verstanden, daß Sie die Oder-Neiße-Grenze voll akzeptieren.

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Im Zusammenwirken der beiden Regierungen ist in diesem Vierteljahr bereits mehr für die Annäherung und praktische Zusammenarbeit von DDR und BRD eingeleitet und erreicht worden als zuvor in Jahrzehnten. Insofern konnte jetzt in Bonn eine positive Bilanz gezogen werden. In diesem Sinne sollten die Bemühungen beider Seiten fortgesetzt und intensiviert werden, um günstige Voraussetzungen für das Zusammenfinden der beiden Staaten zu schaffen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

DDR - 57⁶ i. 5L 3L
BRD - 57⁶ i. 5L 3L
u. 4. Teil - wird
beide
Stücke
Parti
Jahr
u.